



Stellungnahme zum Positionspapier des Bayerischen Waldbesitzerverbands und der Forstkammer Baden-Württemberg: „Walderhalt als oberste Maxime - Kehrtwende in der Waldpolitik gefordert“

<https://www.bayer-waldbesitzerverband.de/news/59.html>

In obigem Positionspapier stellen die Waldbesitzerverbände 5 Forderungen an die Politik:

- 1) Aktiven Waldumbau im Klimawandel beschleunigen
- 2) Holzverwendung und Bioökonomie stärken
- 3) Wirtschaftliche Leistungen der Waldbesitzer besser honorieren
- 4) Forstkompetenz der Länder und Subsidiarität sichern
- 5) Bürokratie durch EU- und Bundesvorgaben deutlich abbauen.

Es steht, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, zweifelsfrei fest, dass wir einen durch menschliche Emissionen beeinflussten Klimawandel haben. Bei der Behauptung, der katastrophale Waldzustand sei nur durch den Klimawandel und Schadinsekten verursacht, werden bewusst die erheblichen Einflüsse der Holz- und Forstwirtschaft verheimlicht.

Die Verbände der Waldbesitzer behaupten, nur „aktiv bewirtschaftete Wälder“ könnten den Herausforderungen des Klimawandels standhalten. Diese Aussage entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Denn viele Langzeitstudien zeigen, dass naturnahe, strukturreiche und wenig bewirtschaftete Wälder deutlich widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Stürme und sogenannten Schadinsekten sind, als intensiv bewirtschaftete Produktionsforste. Diese Erkenntnis ist wissenschaftlich bestätigt und durch jahrzehntelange Beobachtung belegt. 1)

Wer dennoch das Gegenteil behauptet, stellt eine falsche fachliche Sicht dar, die die ökologischen Ursachen der heutigen Waldschäden verharmlost. Die Ergebnisse der Waldzustandsberichte und Waldinventuren belegen diese Erkenntnisse ebenfalls. Positives Gegenbeispiel ist der „Naturpark Bayerischer Wald“.

Was bedeutet „aktive Waldbewirtschaftung“?

Der Kunstbegriff „aktive Waldbewirtschaftung“ suggeriert eine Notwendigkeit, die nicht existiert. Denn er beschreibt keinen Umgang mit Wald im eigentlichen Sinne, sondern die fortgesetzte Übernutzung von Wirtschaftsforsten und die damit verbundenen Maßnahmen wie die Jungbestandspflege, die Durchforstung, die damit verbundenen Auflichtungen und die Holzernte, die überwiegend mit maschinellen Eingriffen getätigt wird. Es handelt sich also um ständige intensive Eingriffe in ein sensibles und äußerst komplexes Ökosystem, welches durch die aktuellen Klimabedingungen schon maximal belastet und teilweise überlastet ist.

Die Verbände fordern explizit den „Abbau überhöhter Holzvorräte“

Die Formulierung „überhöhte Holzvorräte“ entstammt einem profitorientierten, forstwirtschaftlichen Produktionssystem. Seit Jahrhunderten wurden und werden unsere Wälder zu Holzproduktionstätten umgeformt, was sich insbesondere mit Beginn der bundesweiten Forstreformen nochmals deutlich verstärkt hat. Hier werden Bäume nur auf ihren Rohstoff reduziert und nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen taxiert.

Naturnahe Wälder besitzen - im Gegensatz zu den Wirtschaftsforsten - deutlich höhere Holzvorräte, ohne dass man hierbei von einer schädlichen Überhöhung sprechen kann. Wer angeblich überhöhte Holzvorräte kritisiert, hat das Ökosystem Wald nicht verstanden und handelt dementsprechend unverantwortlich.

Der Abbau sogenannter „überhöhter Holzvorräte“ führt in der Praxis zu starken Auflichtungen

Hitzewellen und geringe Niederschläge führen bereits heute zu einer Austrocknung der oberen Bodenschichten, Auflichtungen verstärken diesen Effekt erheblich, der Oberboden verhärtet und wird hydrophob (wasserabweisend). Niederschläge fließen daher oberflächlich ab. Bei Starkregenereignissen nimmt das Risiko von Überflutungen dramatisch zu.

Auflichtungen zerstören weiterhin das Mikroklima. Durch intensive Sonneneinwirkung erhöht sich die Temperatur innerhalb der Wälder. Dadurch wird dem Boden und den Pflanzen das Wasser entzogen. Ein geschlossenes Kronendach hingegen reduziert die Verdunstung und hält die Feuchte im Boden.

Auflichtungen schwächen zusätzlich die Bestandsstruktur - alte Rotbuchen und auch andere Laubbaumarten sind gerade in den aktuellen Hitzewellen durch Sonnenbrand oder Rindennekrose massiv gefährdet. Die Rinde platzt auf, die dahinter liegende Bast- und die Kambiumschicht werden stark geschädigt. Das erleichtert Pilzen, Bakterien und Insekten das Eindringen in den Baum, so dass er abstirbt.

Industrialisierte Bewirtschaftung beim Abbau der Holzvorräte

Zusätzlich werden die Böden unserer Wälder irreversibel durch den Einsatz von tonnenschweren Erntemaschinen zerstört. Um mit diesen Maschinen effektiv arbeiten zu können, werden maximal alle 20 m mindestens 4 m breite Schneisen in die Bestände geschlagen die den Maschinen als Fahrgasse dienen. Das Befahren der Gassen mit diesen Maschinen verdichtet die Waldböden so stark, dass die Aufnahme von Niederschlagswasser kaum oder überhaupt nicht mehr möglich ist. Dabei ist vor allem auch die Vibration während des Maschineneinsatzes ursächlich für ein Zusammenrütteln der Poren, die für die Luft- und Wasserversorgung im Erd- und Wurzelbereich essentiell sind.

„Forstkompetenz“ durch Anlage von Nadelholzplantagen?

In der Vergangenheit wurden - ohne Berücksichtigung der Standortbedingungen - hauptsächlich Nadelbäume in Plantagen gezüchtet (Fichten- und Kiefernmonokulturen), was zu einer erhöhten Waldbrandgefahr führt. Die ätherischen Öle der Nadelstreu sind leicht entflammbar. Fahr- oder Rückegassen erhöhen die Waldbrandgefahr erheblich, da sie wie Windkanäle wirken und das Feuer immer wieder entfachen.

Solange der Wald überwiegend nach ökonomischen Zielsetzungen behandelt wird, bleiben seine Baumarten anfällig für Trockenstress, unabhängig davon, ob Klimawandel, Insekten oder Pilze als Auslöser genannt werden. Die strukturelle Übernutzung vieler Bestände ist ein zentraler Faktor, der die Widerstandskraft des Waldes erheblich mindert.

Ein Wald ist kein technisches Bauwerk

Vor diesem Hintergrund ist der schnelle, forstlich geplante Waldumbau also sehr kritisch zu bewerten. Ein Wald ist kein technisches Bauwerk, das sich durch das Pflanzen bestimmter Baumarten konstruieren lässt. Wälder sind komplexe, selbstorganisierte Ökosysteme, deren Stabilität aus dem natürlichen Wachstum, einer genetischen Vielfalt, vielschichtigen Bodenprozessen und langfristiger Standortanpassung entsteht. Die ursprünglichen, standortheimischen Wälder Deutschlands wurden durch die Forstwirtschaft systematisch in ökonomisch optimierte Wirtschaftsforste umgewandelt.

Die im Positionspapier vertretenen Waldbesitzerverbände möchten Ordnungsrecht und Finanzierung an die „Forstkompetenz“ der Länder binden und blenden sowohl die Ökologiepflichtigkeit des Waldeigentums aus, als auch die notwendige Kritik an der Rolle der Forstwirtschaft bei der Entstehung der Waldschäden und das Vollzugsdefizit bei der Umsetzung von Art. 20a Grundgesetz sowie vieler Internationaler Vorgaben und Verpflichtungen.

Holz ist dauerhaft als Energieträger im Klimawandel nicht tragbar

Holz wird trotz Klimakrise einfach unter Ausblendung physikalischer Tatsachen zum „Energieträger“ und „unverzichtbaren Baustein der Wärmewende“ deklariert und damit eine staatlich zu fördernde „energetische Holznutzung“ als „fester Bestandteil der Politik“ konstruiert.

Die „Ökosystemleistungen“ der Wälder werden im Sinne reiner Lobbyarbeit für Waldbesitzer und die Holzindustrie daher umgedeutet als Rechtfertigung für eine systematische Ressourcenplünderung im Wald u.a. für Holzverkauf, Windkraft im Wald, Privatisierung natürlicher Vorgänge („CO₂-Speicherleistung“, „Naturschutz oder Trinkwasserbereitstellung“).

Torpedieren der EU-Entwaldungsverordnung und der EU-Wiederherstellungsverordnung

Schließlich versucht man mit dem Kampfbegriff vom „Bürokratieabbau“ ein undemokratisches Besitz- und Gestaltungsrecht zu konstruieren und damit besonders die EU-Entwaldungsverordnung und die EU-Wiederherstellungsverordnung zu torpedieren und letztlich Gemeinwohlprinzipien (Klima- und Gesundheitsschutz) auszuhebeln.

Der aktuelle Waldumbau stellt sich dem Positionspapier folgend also nicht als die Wiederherstellung natürlicher Wälder dar, sondern ist vielmehr der erneute Versuch, eine Fehlentwicklung durch weitere fragliche Eingriffe zu kompensieren. Doch die „gute forstliche Praxis“ der Vergangenheit hat gezeigt, dass menschliche Maßnahmen im Wald, insbesondere die Pflanzung von Monokulturen, die Einführung nicht standortgerechter Baumarten und die ständige Abfolge starker Durchforstungs- und Erntemaßnahmen zu instabilen, störungsanfälligen Wirtschaftsforsten führen. Fachlich falsche Entscheidungen zeigen sich erst nach mehreren Jahrzehnten und sind damit nicht mehr korrigierbar. Staatliche Subventionen zum Waldumbau, die der Bürger über Steuern zur Verfügung stellt, sollen dann die Fehlleistungen der Forstpolitik kompensieren.

Wir fordern daher auf, die Positionen der Waldbesitzerverbände zurückzuweisen.

Maßnahmen die nur auf eine intensivere Waldnutzung, den sogenannten Vorratsabbau und die Aufweichung von EU-Recht hinzielen, gefährden die Stabilität und Widerstandskraft unserer noch vorhandenen Wälder.

Zudem fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Institution, die die forstliche Praxis überwacht, Verstöße und Fehlentwicklungen dokumentiert und diese transparent macht. Die „gute fachliche Praxis“ muss in einem neuen Bundeswaldgesetz und entsprechenden Landeswaldgesetzen auf den Prüfstand gestellt und präzise gefasst werden.

Damit verbunden muss es für noch intakte Wälder ein Verschlechterungsverbot geben, das in den jährlichen Waldzustandsberichten zu dokumentieren ist.

*Das Kernteam der **BundesBürgerInitiative WaldSchutz (BBIWS)***

S. Ecker, H. Fahnrbauer, M. Hoffmann, J. Kruse, H. Schikora

Auszug geltendes EU-Recht:

Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) und die EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) sind unmittelbar geltendes Unionsrecht nach Art. 288 Abs. 2 AEUV und können von der deutschen Regierung weder außer Kraft gesetzt noch inhaltlich abgeschwächt werden. Forderungen der Waldbesitzerverbände nach einer „Kehrtwende“ oder einer „Überarbeitung“ betreffen daher ausschließlich den nationalen Wiederherstellungsplan, nicht die EU Rechtsakte selbst. Deutschland ist verpflichtet, beide Verordnungen vollständig anzuwenden und umzusetzen; nationale Abweichungen oder Aufweichungen sind rechtlich ausgeschlossen.

1)

[Vielfalt macht Wälder widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel | iDiv](#)

[Wälder helfen im Klimaschutz vor allem als naturnahe Ökosysteme - Naturwald Akademie](#)

[Themenportal Wald: Dauerwald trotz dem Klimawandel](#)

Die **BundesBürgerInitiative WaldSchutz (BBIWS)** wurde am 01.07.2017 gegründet und ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern und deren Organisationen aus z.Zt. vierzehn Bundesländern. Sie verfolgt das Ziel, Wälder in Deutschland zu schützen und zu bewahren, die praktizierte Bewirtschaftung der Wälder konstruktiv kritisch zu begleiten, Missstände aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, in Fläche und Zahl ausreichende Schutzgebiete ohne forstliche Nutzung zu fordern und auf eine Gesetzgebung hinzuwirken, die der besonderen Bedeutung unserer Wälder für Mensch und Natur gerecht wird.